

mit der eigentlichen Rettung der Frau aus der Gefangenschaft beendet, sondern beinhaltet auch die Betreuung, die Erschaffung neuer Perspektiven sowie Hilfe bei der Verarbeitung des Erlebten. Zur Erklärung der Arbeit Solwodis sind das Vorwort von Maria Welsler hilfreich wie auch die Erläuterungen zu den Fortschritten der Frauen am Ende jeder Erzählung. Insgesamt ein sehr lesenswertes Buch über den Mut und den Lebenswillen der Frauen, bei dem einem aber auch manchmal der Glaube an die Menschlichkeit abhandenkommt.

*Laura Griestop,
Berlin*

SUSANNE SPAHN:

Staatliche Unabhängigkeit – das Ende der ostslawischen Gemeinschaft?

Die Außenpolitik Russlands gegenüber der Ukraine und Belarus seit 1991

Hamburg 2011

Verlag Dr. Kovač, 447 S.

Der Zerfall der Sowjetunion vor 20 Jahren ließ neue Nationalstaaten auf die internationale Bühne treten. Ihre eigenstaatlichen Traditionen waren begrenzt, so dass zeitgleich mit den politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen auch eine Phase des intensiven »nation building« einsetzte. Der Ausgang dieses Prozesses erschien ungewiss. Nicht zuletzt ökonomische Zwänge, bedingt durch den hohen Verflechtungsgrad zwischen den einstigen Sowjetrepubliken, sprachen für eine baldige Re-Integration des nunmehr postsowjetischen Raums. Zumindest im Kernbereich der untergegangenen UdSSR, in den drei ostslawischen Republiken Belarus, Russland und in der Ukraine wirkte die Implosion des Imperiums auf viele wie ein Betriebsunfall. Doch die alte, aus dem 17. Jahrhundert stammende Idee der ostslawischen Gemeinschaft konnte keine hinreichende integrative Kraft entfalten. Die beiden westlichen Nachbarn bewahrten ihre Souveränität, ungeachtet der vielfach beschworenen Konstrukte von gemeinsamer Geschichte, Kultur und Mentalität. Die Gründe dafür sucht und findet Susanne Spahn in ihrer Dissertation, die angesichts der Eindeutigkeit ihrer Befunde das Fragezeichen im Titel ein wenig zu Unrecht trägt.

Der Schwerpunkt der Arbeit liegt – ebenfalls im leichten Widerspruch zum Titel – auf den Jahren zwischen 2000 und 2008. Ihre theoretische Basis – Spahn bezeichnet diese als »moderaten Konstruktivismus« – wird lediglich in einer knappen Fußnote (S. 15) angedeutet. Dabei zeichnet sich dieser Ansatz offenbar dadurch aus, dass genau zu bestimmen ist, ab wann ein »Volk« ein Volk ist

(S. 32), dass eine Nation Interessen haben (S. 36) und ihr ein ausgeprägtes nationales Bewusstsein einen unklar definierten »Vorsprung« (S. 47) verschaffen kann. Derart eindeutige Zuschreibungen wirken angesichts der tagespolitischen Instrumentalisierung historischer Debatten in den untersuchten Ländern etwas voreilig. Sie schmälern letztendlich jedoch nicht den Erkenntnisgewinn, der sich aus der Analyse der russischen Außenpolitik gegenüber den ostslawischen »Brudervölkern« und der belarussischen bzw. ukrainischen Reaktion darauf ergibt.

Spahn beschreibt im ersten Teil des Buches zunächst die Genese der Idee von einer »ostslawischen Gemeinschaft«, die als ursprünglich »ukrainische Erfindung« (S. 21) des orthodoxen Klerus für die Nationalitätenpolitik im Zarenreich bestimmend war. Diese wirkte mit der besonderen Rolle ukrainischer und belarussischer Kader in der Sowjetunion nach. Gleichzeitig kam es zu nationalen Absetzbewegungen von dieser letztlich großrussischen Lesart, die in der Ukraine ausgeprägter als in Belarus waren. In der russischen Außenpolitik nehmen die »besonderen Beziehungen« zu den beiden westlichen Nachbarn bis heute rhetorisch eine Sonderstellung ein.

Im zweiten (und deutlich umfangreicheren) Teil widmet sich Spahn der »operativen Politik« Russlands gegenüber der Ukraine und Belarus, ohne dabei die Interessenlagen der nationalen Eliten aus dem Blick zu verlieren. Ein großes Verdienst der Arbeit liegt eben darin, dass Spahn nicht den Fehler begeht, die Regierungen in Kiew und Minsk zu bloßen Objekten russischer Politik zu degradieren. Hier liegt der Schlüssel zum Verständnis der Frage, warum die diversen, seit 1991 meist von Moskau ausgehenden Integrationsinitiativen wieder und wieder im Sande verliefen. Der Unwillen der nationalen Eliten, die ihnen mehr zugefallenen als erkämpften Insignien der Eigenstaatlichkeit aufzugeben, verhinderte, dass eigentlich supranational angelegte Wirtschafts- und Verteidigungsgemeinschaften wie die »Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft« oder die »Organisation des Vertrages über Kollektive Sicherheit« signifikant über den Status intergouvernementaler Debattierclubs hinauswuchsen. An der russischen Politik kritisiert die Autorin zurecht, dass diese zu oft der Form den Vorrang vor der Funktion gab. Zuerst wurden multilaterale Institutionen geschaffen und erst danach versucht, diese mit Leben zu füllen. Entgegen der seit der ersten Amtszeit Wladimir Putins häufig diagnostizierten Tendenz zu einer Ökonomisierung der russischen Außenpolitik stellt Spahn einen Mangel an Pragmatismus fest. Sie sieht hier hauptsächlich »geopolitische Motive« am Werk. Daneben sind die innenpolitischen Prestigegegewinne, die in bestimmten Bevölkerungsschichten in Russland, aber auch in der Ukraine und Belarus mit einer wenn auch nur virtuellen Re-Integration zu erreichen waren und sind, nicht zu unterschätzen. Die Idee der ostslawischen Gemeinschaft wirkt zumindest auf diesem Feld bis heute nach.

Auch in den bilateralen Verhältnissen deutet Spahn die Beziehungspflege zwischen Minsk bzw. Kiew und Moskau als ständigen Versuch, größt-

mögliche Profite aus einem brüderlichen Verhältnis zu schlagen, ohne faktisch Souveränitätsrechte abzutreten. Insbesondere in Bezug auf Belarus ist diese Diagnose erhellend, da hier von anderen Beobachtern immer wieder von einem drohenden Unabhängigkeitsverlust gewarnt wurde. Spahn kommt zu einem anderen Schluss: Gerade die demonstrative Integrationspolitik, die, von beiden Seiten betrieben, 1999 in die Gründung eines »Unionsstaates« mündete, habe faktisch zur Stärkung der Eigenstaatlichkeit von Belarus geführt. Denn nur durch die brüderliche Rhetorik des Minsker Regimes ließen sich die ökonomischen Zugeständnisse vonseiten Moskaus erreichen, die dem Gedeihen des belarussischen Wirtschaftsmodells bis zum Jahre 2008 äußerst zuträglich waren.

Die Ukraine hingegen wählte nach der Revolution in Orange ab 2005 einen Weg der Abgrenzung von Russland, der in den Augen Spahns wirtschaftlichen Notwendigkeiten zuwiderlief. Dieser Kurs ließ sich mit der internationalen Finanzkrise nicht mehr aufrechterhalten. Seit Anfang 2010 folge Kiew wieder verstärkt dem belarussischen Modell, indem man Russland gegen finanzielle Zugeständnisse weitestgehend symbolisch entgegenkomme. Denn die Kosten eines Verzichts auf die NATO-Integration sind in der gegenwärtigen Lage im Vergleich zu den potenziellen Gewinnen in Form niedrigerer Energiepreise zu vernachlässigen.

Insgesamt hat Susanne Spahn eine nüchterne, flüssig zu lesende Analyse vorgelegt, die interessante Thesen enthält und eine gute Orientierung in der postsowjetischen Politik bietet. Insbesondere gelingt es ihr, das Grunddilemma jeglicher russischer Integrationsangebote aufzuzeigen: Solange das Moskauer Angebot an die westlichen Nachbarn sich auf (bei »Fehlverhalten«) jederzeit reversible Subventionsversprechen beschränkt, wird sich keine interessegeleitete Eigendynamik entwickeln und das Misstrauen gegenüber dem weit aus größeren »Bruder« die Oberhand behalten. Solange bleiben in den Worten Spahns »Integration und Kooperation mit Russland eine Zwangsjacke, aus der sich Belarus und die Ukraine befreien, sobald sie wirtschaftlich dazu in der Lage sind« (S. 388).

*Felix Hett,
Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin*